

## „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“

Zwei unterschiedliche Begriffe –  
ein Phänomen der Diskriminierung?

Antisemitische Stereotype, Vorurteile und Verschwörungstheorien über Juden sind in der westlichen Welt weit verbreitet. Seit einigen Jahren wird unter dem Stichwort „neuer Antisemitismus“ ein Wandel in Inhalten und Formen des Antisemitismus weltweit diskutiert. In diesem Zusammenhang und aufgeschreckt durch eine Welle antisemitischer „Vorfälle“ in verschiedenen europäischen Staaten seit 2002, an denen in auffälliger Weise Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit beteiligt waren, richtete sich das Interesse auf einen „islamischen Antisemitismus“. Der neue Diskurs über „islamischen Antisemitismus“ wurde gleichwohl in der islamischen Welt und bei muslimischen Organisationen in Europa häufig als Angriff auf „den Islam“ missdeutet. Zur Entschärfung und Abwehr

dieses als „diskriminierend“ empfundenen Diskurses wurde dagegen der seit 1997 (vom britischen „Runnymede Trust“ geprägte) in der politischen Öffentlichkeit und wissenschaftlichen Debatte popularisierte Begriff der „Islamophobie“ in Stellung gebracht. Es sollte gezeigt werden, dass „Islamophobie“ als Syndrom negativer Einstellungen und feindseliger Handlungen gegen Muslime mindestens auf der gleichen Ebene angesiedelt sei wie Antisemitismus.

Die Tagung der FES, die in Auszügen in diesem PolicyPaper dokumentiert wird, widmet sich Herkunft, Inhalten und Formen eines „islamischen Antisemitismus“ und fragt, ob es gerechtfertigt ist, diesen mit „Islamophobie“ gleichzusetzen.



## INHALT

<b>Einführung</b>	3
Johannes Kandel	
<b>Juden als Feindbilder des politischen Islams</b>	4
Lala Süsskind	
<b>„Islamischer Antisemitismus“ – Ursprünge und Entwicklungen in der islamischen Welt und in Europa</b>	5
Matthias Küntzel	
<b>Hass auf Israel und Antisemitismus in muslimischen Jugendkulturen: Funktion und pädagogische Begegnung des Ressentiments in der Einwanderungsgesellschaft</b>	9
Jochen Müller	
<b>„Islamophobie“ – Erfahrungen aus England</b>	12
Kenan Malik	
<b>„Islamophobie“ – Erfahrungen aus Deutschland</b>	14
Seyran Ateş	
<b>„Islamophobie“ und Antisemitismus – zwei unterschiedliche Begriffe und Problembeschreibungen</b>	15
Klaus Faber	
<b>Zusammenfassung der Podiumsdiskussion</b>	17



Diese Publikation wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.

## Dezember 2008

ISSN 1861-8014

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Politische Akademie  
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

*Telefon:* 030 26935-7145

*Fax:* 030 26935-9245

*Redaktion:* Julian Höbsch / Dr. Johannes Kandel

*Fotos:* Jens Schicke

*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign

*Druck:* braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung



## Johannes Kandel

### Einführung

Die Debatte über Antisemitismus ist ein hochgradig politisierter Diskurs. Sie wird zum Teil stark emotionalisiert geführt, was darauf verweist, dass es sich um keine vergangene Ideologie handelt, sondern um ein leider weltweit vitales Phänomen. Die Diskussion kreist um die Fragen, was Antisemitismus eigentlich ist, welchem Wandel er in der Moderne unterliegt und welche aktuellen politischen Gefahren von ihm ausgehen.

Henryk Broder hat in diesem Zusammenhang auf den folgenden Ausspruch aufmerksam gemacht: „Antisemitismus ist, wenn man die Juden noch weniger leiden kann, als es an sich natürlich ist.“ Broder zieht daraus die Schlussfolgerung, dass Antisemitismus „kein abweichendes Verhalten, keine Ausnahme von der Regel“, sondern „der Normalfall gesellschaftlichen Verhaltens Juden gegenüber“<sup>1</sup> ist. Es wird an dieser Stelle deutlich, dass Antisemitismus exklusive Judenfeindschaft bedeutet und nur sehr abstrakt und formal mit anderen Ideologien der Ungleichheit wie etwa Rassismus zu vergleichen ist.

Seit einigen Jahren ist eine aufschlussreiche Variante im Diskurs über den Antisemitismus zu



beobachten, in der Antisemitismus mit „Islamophobie“ parallelisiert, ja mitunter gleichgesetzt wird. Mehrfach fielen in jüngster Zeit Äußerungen auf, wie zum Beispiel: Den „Muslimen“ gehe es in Europa heute so wie den Juden zur Zeit des deutschen Kaiserreiches oder gar des deutschen Faschismus. Auf höchster Ebene, etwa der OSZE, streiten hochrangige Vertreter islamischer Staaten und Organisationen für eine inhaltlich parallele Behandlung von Antisemitismus und „Islamophobie“, die in der Konsequenz auf Gleichsetzung hinausläuft. Es stellt sich also in diesem Zusammenhang die Frage, was unter dem Begriff „Islamophobie“ verstanden wird und ob er parallel zu dem Begriff des „Antisemitismus“ gebraucht werden könnte.

1 Henryk Broder, *Der ewige Antisemit*, Berlin 2005<sup>2</sup>, S. 57.

**Dr. Johannes Kandel ist Leiter des Referates Berliner Akademiegespräche/ Interkultureller Dialog der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.**

Lala Süsskind

## Juden als Feindbilder des politischen Islams



Die Bundesrepublik ist eine demokratische, vielfältige, offene, heterogene Gesellschaft, die von der Vielfalt der kulturellen, politischen, religiösen und sonstigen Orientierungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner lebt. Muslime sind fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft und in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen präsent. Stärker werdende demokratiegefährdende Phänomene bedrohen dabei Muslime wie auch die übrige Gesellschaft gleichermaßen. Darunter ist neben dem Rechtsextremismus der Islamismus zu nennen.

Ein zentraler Bestandteil des Islamismus als politischen Islam ist der Antisemitismus. Jüdinnen und Juden waren wie Christen über Jahrhunderte lediglich „Geduldete“ (so genannte „Dhimmis“) im islamischen Herrschaftsbereich. Auch gab es – vor allem im 19. und 20. Jahrhundert – häufig Pogrome gegen jüdische Menschen in islamischen Ländern. Vor diesem Hintergrund gilt es zu analysieren, ob der „islamische Antisemitismus“ spezifische Ursachen hat oder ob es sich um einen Import antijüdischer Stereotype aus Europa handelt.

In der Forschung unterscheidet man drei Elemente der Judenfeindschaft, die als „neuer“ Antisemitismus bezeichnet werden: (1) traditioneller rechtsextremer Antisemitismus, (2) linker Antizionismus und (3) islamischer Antisemitismus, der Judenfeindschaft predigt.

Charakteristisch für die Ideologie des Antisemitismus ist, dass Jüdinnen und Juden sowie das Judentum zum einen als minderwertig, zum anderen als mächtig und eine Weltverschwörung planend gesehen werden. Die islamistische Ideologie geht zudem von einer Einheit von Religion und Gesellschaft bzw. Staat aus und benötigt essentiell Feindbilder, um diese Einheit legitimieren zu können. Der politische Islam fordert demnach, das gesamte Leben unter die Herrschaft des radikalen Islam zu stellen.

Jüdinnen und Juden sind ein zentrales Feindbild im politischen Islam. Die eigene gewünschte Macht des Islam wird auf eine andere Gruppe, Jüdinnen und Juden und ihre vermeintlichen „Partner“, projiziert. Diese andere Gruppe repräsentiert für den politischen Islam das moderne Leben inklusive einer ganzen Vielfalt von Widersprüchen und Uneindeutigkeiten. Diese Vielfalt aber wird vom an Homogenität interessierten Islam abgelehnt. Er negiert Aufklärung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Demokratie im weitesten Sinne sowie die Trennung von Staat/Politik und Religion aggressiv und steht der philosophischen und politischen Moderne entgegen. Diese menschenfeindliche Ideologie erlangt auch in Deutschland immer mehr Einfluss.

Die vorliegende Veröffentlichung über „islamischen Antisemitismus“ und „Islamophobie“ möchte diese Entwicklungen kritisch untersuchen. Zusätzlich ist sie ein Beitrag, der bereits existierende Projekte der politischen Bildungsarbeit zur Bekämpfung des Islamismus ergänzt. Sie möchte analysieren, was heute unter „islamischem Antisemitismus“ verstanden werden kann, wie groß die von dem Phänomen ausgehende Gefahr ist und welche Gruppierungen und Akteure den „islamischen Antisemitismus“ vertreten.

Lala Süsskind ist Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde.

Matthias Küntzel

## „Islamischer Antisemitismus“ – Ursprünge und Entwicklungen in der islamischen Welt und in Europa

Das Thema „Islamischer Antisemitismus“ erfährt im Vergleich zu dem Thema „Christlicher Antijudaismus“ eine hohe Brisanz, wie ich es an einer persönlichen Erfahrung illustrieren möchte. Im Jahr 2007 sollte ich an der Universität von Leeds in Großbritannien einen Vortrag zum Thema „Islamischer Antisemitismus“ halten, der in letzter Minute abgesagt wurde. Aufgrund zweier E-Mails von Studenten sah die Universitätsleitung die Sicherheit der Veranstaltungsteilnehmer gefährdet. Ein muslimischer Student schrieb von einem „offenen rassistischen Angriff“, für den ich mich bei der Gesamtheit der Muslime zu entschuldigen hätte, und eine Studentin fühlte sich beleidigt und in ihrer persönlichen Sicherheit auf dem Campus bedroht. Ähnliche Vorkommnisse sind mir von Universitätsveranstaltungen zum Thema „Christlicher Antijudaismus“ nicht bekannt.

Doch genau so, wie der christliche Antijudaismus mit dem Christentum nur partiell und mit der Gesamtheit der Christen gar nichts zu tun hat, so hat auch der Begriff „islamischer Antisemitismus“ mit dem Islam partiell und mit der Gesamtheit der Muslime nichts zu tun. Dieses Wort kennzeichnet eine spezifische Ideologie, die ein Teil der Muslime sich zu eigen gemacht hat, während ein anderer – bislang eher kleiner – Teil der Muslime sie bekämpft.<sup>2</sup> Im „islamischen Antisemitismus“, und dies unterscheidet ihn von allen anderen Formen der Judenfeindschaft, wird der religiöse Antijudaismus des Frühislam mit dem europäischen Antisemitismus der Moderne kombiniert.

Betrachtet man den Frühislam, so zeichnet der Koran ein ambivalentes Bild von Juden, von denen manche durchaus als Legitimation des Staates Israels gelesen werden können. Die Anzahl der

judenfeindlichen Aussagen überwiegt jedoch. „Wegen der Sünde der Juden und weil sie Wuchernahmen, wiewohl er ihnen verboten war, haben wir ihnen gute Dinge verwehrt, die ihnen erlaubt waren“, heißt es beispielsweise in Sure 4, Vers 160. „Und sie betreiben auf Erden Verderben“, heißt es in 5,64. „Und verwandelt hat er einige von ihnen zu Affen und Schweinen“, heißt es in 5,60, während es in dem berühmtesten jener Verse, Sure 5,82, heißt: „Wahrlich, du wirst finden, dass unter allen Menschen die Juden ... den Gläubigen am meisten feind sind.“<sup>3</sup>

Die Widersprüchlichkeit des Judenbildes im Koran liegt in den überlieferten Lebenserfahrungen Mohammeds begründet. Hielt er sie anfangs noch für die Kronzeugen Gottes, galten sie ihm später als die schlimmsten Feinde, nachdem sie sich seinen Vereinnahmungsversuchen entzogen hatten: Auf sein Geheiß wurden zwei jüdische Stämme aus Medina vertrieben und an dem dritten und letzten Stamm ein blutiges Exempel statuiert. Mohammed ließ an einem einzigen Tag des Jahres 627 alle Männer dieses Stammes köpfen und deren Frauen und Kinder in die Sklaverei verkaufen. Das eigentliche intellektuelle Verhängnis fand eine



<sup>2</sup> Ich habe im Anhang meines Buches „Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik“ (Berlin 2007) Texte muslimischer Autoren dokumentiert, die den islamischen Antisemitismus anprangern.

<sup>3</sup> Der Koran in der Übersetzung von Max Henning, Stuttgart 1991.

Generation später statt, als, lange nach Mohammeds Tod, der koranische Bericht aus seinem historischen Kontext gelöst und zur einzig wahren und überzeitlich gültigen Offenbarung über die Feinde Gottes erklärt wurde. Damit wurde der Antijudaismus ein fester Bestandteil der neuen Religion.<sup>4</sup>

Im Gegensatz zu dem von Verachtung geprägten Bild der Juden als Verlierer baut der europäische Antisemitismus auf dem Christentum auf. Nicht der Prophet hat die Juden getötet, sondern die Juden den Propheten. Daher wurden Juden im Christentum als dunkle und übermächtige Instanz gefürchtet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dieser europäische Antisemitismus durch christliche Missionare, Kaufleute oder Botschaftsangehörige auch in den Orient gebracht. Dort fand er unter den Muslimen jedoch so gut wie keine Resonanz und stieß zuweilen, etwa im osmanischen Parlament, gar auf Widerstand.

Zur Verbindung des frühislamischen Judenhasse mit der antisemitischen Weltverschwörungstheorie des europäischen Antisemitismus kam es erst zwischen 1937 und 1945 durch die nationalsozialistische Propaganda. Diese konnte auf der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg aufbauen, als die kaum noch virulente Dschihad-Idee wiederbelebt und in den Dienst der deutschen Weltkriegsinteressen gestellt wurde. An diese Islampropaganda knüpften die Nazis 1937 an und stellten nicht länger den Antiimperialismus, sondern den Antisemitismus ins Zentrum der Überzeugungsarbeit, in welchem der antijüdische Kampf Mohammeds mit der vermeintlich jüdischen Weltverschwörung des 20. Jahrhunderts unmittelbar verknüpft wurde.

Den Auftakt machte das 31-seitige Pamphlet „Islam-Judentum. Aufruf des Großmufti an die islamische Welt im Jahre 1937“, das mit deutscher Hilfe erstellt und 1937 erstmals auf der Konferenz von Bludan und im Anschluss in der ganzen arabischen Welt wie auch unter bosnischen Teilnehmern der muslimischen SS-Division verbreitet wurde. Überdies wurde zwischen 1939 und 1945

der Kurzwellensender Radio Zeesen auf Arabisch, Türkisch und Persisch ausgestrahlt und mit seiner Hilfe versucht, die analphabetischen Massen für die antijüdische Propaganda zu erreichen. Im April 1945 wurde Radio Zeesen stillgelegt, doch der Antisemitismus wirkte nach: Gambal Abdel Nasser propagierte zwischenzeitlich einen Antisemitismus der europäischen Art ohne religiöse Bezüge. Dies änderte sich jedoch wieder nach dem Sechstagekrieg von 1967. Sayyid Qutbs Text „Unser Kampf gegen die Juden“ markiert das wichtigste Pamphlet des „islamischen Antisemitismus“ und beschuldigt die Juden, sie wollten die Muslime „von Allahs Weg abbringen“. Das bis heute wohl wichtigste Manifest des Islamismus stellt die 1988 veröffentlichte Charta der Hamas dar.

In dieser Charta werden Juden quasi im selben Atemzug als armselige Feiglinge, die sich hinter Steinen und Bäumen verstecken, und als heimliche Herrscher der Welt porträtiert, die an der Französischen und kommunistischen Revolution, am Ersten und am Zweiten Weltkrieg Schuld tragen. Dort wird auch der wohl niederträchtigste aller antijüdischen Hadithe aus der Frühzeit des Islam zitiert: „Der jüngste Tag wird nicht kommen“, heißt es dort, „bevor nicht die Muslime gegen die Juden kämpfen und sie töten, so dass sich die Juden hinter Bäumen und Steinen verstecken. Und jeder Baum und Stein wird sagen: Oh Muslim, oh Diener Gottes, da ist ein Jude hinter mir. Komm und töte ihn.“

Die Juden verhalten sich in dieser Geschichte menschlich, sie verstecken sich und zittern vielleicht vor Angst. Die Muslime aber sollen kein Mitleid verspüren. Die hier vor Angst um ihr Leben zittern, sollen einer nach dem anderen verraten werden, damit man sie ebenfalls töten kann. Doch nicht nur die Muslime, sondern das ganze Universum – die Steine und die Bäume, sprich: die tote und die lebendige Natur – ist den Juden feindlich gesinnt und will ihren Tod. Selbst der Himmel schließt sich an: Nur ihr Tod führt zur Auferstehung und zum Paradies. Diese grauenvolle Anweisung, so die Überlieferung, ist aber nicht von irgendjemandem, sondern vom Propheten

4 Johan Bouman, *Der Koran und die Juden*, Darmstadt 1990, S. 100.

Mohammed persönlich ergangen. Es ist aber gerade diese Ankoppelung an eine religiöse Mission, an Paradiesglaube und Märtyrerrideologie, die den „islamischen Antisemitismus“ so gefährlich macht.

Im wissenschaftlichen Diskurs ist der Begriff des „islamischen Antisemitismus“ umstritten und wird bisweilen mit der Begründung abgelehnt, der Judenhass unter den Muslimen „reproduziere“ lediglich den europäischen Antisemitismus und passe ihn lediglich „an eine islamische Semantik“ an.<sup>5</sup> Der Bezug auf Religion ist in diesem Fall aber das entscheidende Kriterium, da spezifische Quellen – ebendie koranischen Bezüge – sowie ein spezieller Impetus eines „religiösen Auftrags“ und der Verheißung eines von Gott angeblich gewährten Lohns für den Judenmord charakteristisch sind. Der „islamische Antisemitismus“ sollte mit seinen eigenen Prinzipien und seiner eigenen Geschichte zu verstehen versucht werden.

Das wirkungsvollste Medium in der Verbreitung des „islamischen Antisemitismus“ stellen islamische Fernsehkanäle wie beispielsweise der Sender „Al Manar“ der Hisbollah oder der Sender „al Aqsa“ der Hamas dar. Hier ist die von Gott gewünschte „Auslöschung der Juden“ längst zu einem Leitthema selbst des Kinderprogramms avanciert – und zwar mit wachsendem Erfolg, weil man sich moderner und beliebter Figuren, zum Beispiel einer die Juden ermorden wollenden Mickeymaus, bedient. In so gut wie allen Bekundungen des „islamischen Antisemitismus“ tritt dabei dessen genozidaler Charakter offen und brutal hervor. So kommt es der Hamas nicht darauf an, ob die von einer Qassam-Rakete getroffene Person 5 oder 50 Jahre alt ist, ob sie gläubig oder ungläubig ist, ob sie für Frieden oder Krieg votiert. Solange eine Jüdin oder ein Jude getötet wird, ist alles Übrige egal – doch ebendies bedeutet „genozidal“. Der iranische Präsident Ahmadinedschad, der als Regierungschef die Vernichtung Israels mit der Befreiung der Menschheit gleichsetzt, sprach von „2000 organisierten Zionisten und 7000 bis 8000 Agenten der Zionisten“, die



„die Welt in ein Chaos gestürzt“ hätten, und erklärte im September 2008 aus Anlass des Todestages von Khomeini: „Geliebter Imam Khomeini. Du sagest, dass das zionistische Regime ... ein Krebstumor sei, das man von der Landkarte löschen müsse ... Dank der Gnade Gottes wird dein Wunsch bald materialisiert und das korrupte Element von der Landkarte gelöscht sein.“ Es ist genau dieser genozidale Antisemitismus, der dem iranischen Atomprogramm sein singuläres Gefahrenpotential verleiht, weshalb dessen Vollendung um jeden Preis verhindert werden muss.

Wie reagieren nun die deutsche Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik auf die Herausforderung und Gefahren des „islamischen Antisemitismus“? Aus drei Gründen steht Deutschland in einer spezifischen Pflicht: Erstens ist die besondere Bedeutung der Nazizeit für die Entstehung dieser Ideologie zu nennen. Zweitens ist an das historische Wissen zu erinnern, dass Auschwitz nicht mit dem Bau der Krematorien, sondern mit der Verbreitung des Antisemitismus begann. Und drittens rühmt man sich gerade in Deutschland einer besonders sorgfältigen Geschichtsaufarbeitung und einer besonders gewissenhaften Befolgung der Lehren aus der Vergangenheit. Man könnte demnach annehmen, der Antisemitismus der Charta der Hamas oder eines Ahmadinedschad sei wohl bekannt, breit diskutiert und stelle den Gegenstand wirksamer politischer und ökonomischer Gegenmaßnahmen dar. Leider kann davon keine Rede sein, wie an dem Beispiel Iran zu sehen ist.

<sup>5</sup> Siehe Wolfgang Benz und Juliane Wetzels (Hg.), *Antisemitismus und radikaler Judenhass*, Berlin 2007, S. 18, 21, 87, sowie Klaus Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus*, Hamburg 2005, S. 15.



Betrachtet man die letzten 20 Jahre der deutsch-iranischen Beziehungen, stellt man fest, dass 1989 der deutsche Botschafter samt seinen europäischen Kollegen aus Teheran für mehrere Wochen abberufen wurde, um so der Empörung über den Mordaufruf des Mullah-Regimes gegen Salman Rushdie Ausdruck zu verleihen. Jahrelang blieb danach die Frankfurter Buchmesse für das Regime gesperrt. 1997 wurden erneut sämtliche EU-Botschafter aus Teheran zurückbeordert, um gegen Irans Terrorisusexport – die vom Regime veranlasste Ermordung oppositioneller Kurden im Berliner Restaurant „Mykonos“ – ein Zeichen zu setzen. Im selben Jahr 1997 machte eine einzige israelfeindliche Äußerung des damaligen iranischen Präsidenten Rafsandschani Furore, und der Bundestag reagierte darauf: Der iranischen Außenministers Velayati, der auf Einladung des damaligen Außenministers Klaus Kinkel nach Bonn kommen wollte, wurde per Mehrheitsbeschluss kurzerhand wieder ausgeladen.

In den letzten drei Jahren hingegen, seit dem Amtsantritt des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad und seinen beispiellosen Ankündigungen, Israel – jene „schwarze Mikrobe“, wie er sagt – vernichten zu wollen, hat Deutschlands Botschafter im Iran seinen Posten nicht einen einzigen Tag verlassen und kein einziger iranischer Politiker wurde je ausgeladen.

Eine mögliche und mir besonders plausibel erscheinende Antwort auf dieses Verhalten lautet: In Deutschland wird über den „islamischen Anti-

semitismus“ mit seiner genozidalen Tendenz nicht diskutiert, weil man eine Sichtweise, die Israel, sprich: hauptsächlich die Juden, für die Probleme dieser Erde verantwortlich macht, teilt. Statistisch ist dies mit bedrückender Eindeutigkeit belegt. Im Jahr 2003 erklärten 65 Prozent der Deutschen in einer Umfrage der Europäischen Kommission, dass Israel „die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt“ darstellt – vor Iran, Syrien, Nordkorea oder den USA. Im November 2006 ließ die BBC 28.000 Menschen in 27 Ländern danach befragen, welches Land sie als die Weltpolitik am negativsten beeinflussend ansehen. 77 Prozent der Deutschen kreuzten auch diesmal Israel an.

Israel wird hier von einer Mehrheit der Deutschen nicht aufgrund einer nachprüfbaren Faktenlage, sondern aufgrund eines diffusen Bedrohungsgefühls zu einer Gefahr stilisiert. Israel wird dämonisiert, was zur Folge hat, dass man auch gegenüber weiteren antisemitischen Äußerungen wie beispielsweise den Antisemitismus eines Ahmadinedschad blind wird. So müsste der antisemitische Hass auf Israel im Zentrum der Abwehr gegen den „islamischen Antisemitismus“ stehen, beobachten lässt sich jedoch das Gegenteil. Nicht der antisemitische Israelhass, sondern die Kritik daran steht plötzlich unter Druck und wird als „moralischer Totschlag“, als „verbale Aggression“ und als Versuch der Einschüchterung – so der Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung – denunziert.<sup>6</sup> Ein solcher Vermeidungsdiskurs aber führt dazu, dass die Kritik am „islamischen Antisemitismus“ von vornherein unter den Tisch fällt und Islamisten aller Länder in Bezug auf Israel ein Zeichen heimlichen Einverständnisses signalisiert wird.

An der Universität von Leeds immerhin schlug diese Strategie der Vermeidung fehl: Es hagelte nach der Absage meiner Veranstaltung Proteste aus allen Teilen der Welt. Ein halbes Jahr darauf wurde das Event unter dem gleichen Titel „Islamischer Antisemitismus“ an eben jener Universität nachgeholt.

<sup>6</sup> Patrick Bahners, Was darf eine Jüdin in Deutschland gegen Israel sagen?, 22.8.2008.

Jochen Müller

## Hass auf Israel und Antisemitismus in muslimischen Jugendkulturen: Funktion und pädagogische Begegnung des Ressentiments in der Einwanderungsgesellschaft

Jugendliche muslimischer Herkunft legen teilweise spontane antisemitische Äußerungen – „du Jude“, „schwuler Jude“ – an den Tag. Sie basieren jedoch in den seltensten Fällen auf einem festen antisemitischen Weltbild. Trotzdem verweisen solche Äußerungen auf unbestimmte latent vorhandene Ressentiments, in denen „die Juden“ zumeist als Ursache persönlicher oder gesellschaftlicher Probleme dargestellt werden. Wesentlicher Bestandteil dieses latenten Antisemitismus ist – vor allem für Jugendliche arabischer bzw. palästinensischer Herkunft – der Nahostkonflikt. Geschichte und Gegenwart dieses Konflikts werden häufig als Motiv ihrer antijüdischen Äußerungen angegeben. Viele Jugendliche, auch in der zweiten und dritten Generation, identifizieren sich stark mit der Herkunftsregion ihrer Eltern und Großeltern, obwohl sie über die Herkunft und die Lebensgeschichte ihrer Eltern und Großeltern oft kaum etwas Konkretes wissen. Der Libanonkrieg beispielsweise rief bei vielen Jugendlichen in Deutschland starke Betroffenheit und emotionale Reaktionen hervor – ging es doch um das Leben ihrer Familien und Freunde im Libanon. Dabei wurde meist ein Schwarz-Weiß-Bild eines aggressiven Militärapparats im Kampf gegen unbeteiligte Frauen und Kinder, also ein Bild von Ohnmacht und Übermacht gezeichnet. Dieses Bild wurde durch Berichte der Eltern und Großeltern von Krieg, Flucht und Vertreibung sowie durch einseitige Berichterstattung einiger arabischer Satelitenkanäle verstärkt.

Die Familiengeschichten von Flucht und Vertreibung im Nahen Osten verbinden sich dabei für viele in spezifischer Weise mit der andauernden Situation der Marginalisierung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Der Nahostkonflikt wird für viele Jugendliche zur Projektionsfläche,



hinter der jedoch persönliche Erfahrungen mit Rassismus, Marginalisierung und Perspektivlosigkeit stehen. Werden Israel, „die Juden“ oder „die Zionisten“ vor diesem Hintergrund zum Feindbild, kann dies mehrere Funktionen erfüllen:

- Als Sündenbock dienen Israel oder „die Juden“ zur Kompensations- bzw. Aggressionsabfuhr.
- Das Feindbild stiftet Gemeinschaft, vor allem vor dem Hintergrund, in Deutschland nicht akzeptiert zu werden.
- Die Denunziation anderer ermöglicht eine Aufwertung der Jugendlichen, die sich sonst als schwach erfahren.
- Die bezüglich des Nahostkonflikts meist eingenommene Opferperspektive kann die eigene Lage erklären und entschuldigen sowie von eigener Verantwortlichkeit befreien.
- Antisemitische Äußerungen dienen als gezielte Provokation der deutschen Mehrheitsgesellschaft einschließlich ihrer Pädagogen, deren Unsicherheit in diesem Punkt wahrgenommen und mitunter ausgenutzt wird.

Dr. Jochen Müller ist Islamwissenschaftler und Mitbegründer von Ufuq.de – Jugendkultur und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft ([www.ufuq.de](http://www.ufuq.de)).

Verstünde man in diesem Kontext jede antiisraelische bzw. antizionistische Äußerung als Ausdruck von Antisemitismus, verwässerte dies den Begriff des „Antisemitismus“. Dennoch muss an dieser Stelle pädagogische Intervention einsetzen, weil sich in der skizzierten Betrachtungsweise des Nahostkonflikts zahlreiche Anknüpfungspunkte bieten und die eingenommene Opferperspektive die Integration und das gesellschaftliche Fortkommen vieler Jugendlicher in Deutschland massiv erschwert.

So lassen sich eine Reihe von Schlussfolgerungen für die Pädagogik ziehen:

1. Nicht jeder Ausdruck von Hass oder Ressentiments gegenüber Israel sollte gleich als Antisemitismus verstanden und behandelt werden. Gelassenheit und gezieltes, auch Irritationen auslösendes Nachfragen helfen im Zweifelsfall weiter als Skandalisierung. Es gilt auch hier: Pädagogik soll sich auf die Initiierung und Aufrechterhaltung eines Dialogs konzentrieren und die Jugendlichen nicht durch Moralisierung und emotionale Aufladung überwältigen.
2. Zu Dialog und gezieltem Nachfragen gehört auch, die Erzählungen von Jugendlichen aufzugreifen und anzuerkennen. Wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses müssen – falls vorliegend – ihre Schilderungen von Leid und Unrechtserfahrungen sein. Der Umgang mit der eigenen (biographischen) Geschichte führt häufig zu konkretem Wissenserwerb und gesteigerter Selbstreflexion. Dies stärkt die Persönlichkeit und erleichtert den Blick nach vorn in die Zukunft.
3. Solche Erzählungen erlauben zum Teil, die Opferperspektive zu verlassen und eine „Neuerzählung“ zu initiieren. Die Opfer der Flucht und Vertreibung müssen zunächst anerkannt werden. Diese können aber auch als Leistung der eigenen Gruppe, beispielsweise von Eltern und Großeltern, gewürdigt werden.
4. Von Pädagogen wird ein schwieriger Balanceakt gefordert: Sie müssen versuchen, zwischen „authentischer“ Erfahrung und solchen verzerrenden Darstellungen zu unterscheiden, die Ausgangspunkt von Feindbildkonstruktion und Ideologiebildung sein können.
5. Die Einseitigkeit vieler Darstellungen, die Deutungen in Form von Feindbildern bis hin zu antisemitischen Verschwörungstheorien nähren, kann durch multiperspektivische und kontroverse Darstellungen durchbrochen werden. So sollten neben der grundsätzlichen Würdigung einer „arabischen“ Perspektive (besser noch: vieler unterschiedlicher arabischer Perspektiven) auch verschiedene „israelische Perspektiven“ als Optionen zur rationalen Erklärung von Ereignissen und Entwicklungen erkennbar werden.
6. In der Pädagogik mit Jugendlichen migranischer Herkunft sollte die Beschäftigung mit Antisemitismus nicht als alleiniges Themengebiet behandelt, sondern in einen größeren Kontext gestellt werden. Es erscheint sinnvoll, Stigmatisierung, Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten in allgemeiner Form zu behandeln und Antisemitismus in diesen Rahmen zu integrieren, um der Wahrnehmung vorzubeugen, antisemitische Einstellungen seien auf bestimmte Kulturkreise begrenzt.
7. Vor dem Hintergrund der Bedeutung von Medien für die Vermittlung von Weltbildern ist die Förderung kritischer Medienkompetenz ein wichtiger Beitrag zur Begegnung von Propaganda und Feindbildern.
8. Hinter der Weigerung von Schülern, an Klassenfahrten und Gedenkstättenbesuchen teilzunehmen, stehen oft die Eltern, die aber wiederum in eine bestimmte Community integriert sind. Die Einbindung in die Community macht es schwer, aus einem unausgesprochenen Konsens der Gemeinschaft auszuscheren, in dem der Nahostkonflikt im Vordergrund steht und die Opfer des Holocaust nicht vorkommen.

9. In der Auseinandersetzung mit Feindschaft und Hass gegen Juden können Hinweise auf islamische religiöse Toleranz gegenüber Juden und anderen Religionen hilfreich sein. Diese lässt sich mit Texten aus Koran und Sunna belegen, wobei gegebenenfalls auch Eltern und örtliche Imame Unterstützung leisten können.
10. Nicht zuletzt müssen deutsche Pädagoginnen und Pädagogen ihren eigenen Standpunkt reflektieren. Wie die Positionen ihrer Schülerinnen und Schüler mit migrantischem Hintergrund sind auch ihre Positionen bedingt durch aktuelle Geschichtsbetrachtung und gesellschaftliches Umfeld. Es ist wichtig, das spezifische Gewordensein bzw. die gewachsene Unterschiedlichkeit von Perspektiven ins Bewusstsein zu rücken.



Kenan Malik

## „Islamophobie“ – Erfahrungen aus England



„Islamophobie“ ist einer der Begriffe, der im Diskurs über Integration von Zuwanderern im Allgemeinen und Muslimen im Speziellen vor 20 Jahren noch nicht auftauchte. Im heutigen Großbritannien sind der Begriff und seine Verwendung unumstritten, wird er etwa von Regierungsbehörden, antirassistischen Organisationen oder von jüdischen Organisationen verwendet. Zumeist wird der Begriff gebraucht, um zu belegen, dass die Welt, oder zumindest die westliche Welt, in der Gewalt eines irrationalen Islam sei, was wiederum zu pauschalen Anklagen, physischen Übergriffen, gesellschaftlicher Diskriminierung und politischer Entfremdung zwischen Islam und Mehrheitsgesellschaft führt.

Ich bin der Meinung, der Begriff „Islamophobie“ ist nicht besonders hilfreich, da er mehr verschleiert als aufzuhellen vermag. Erstens vermischt er Hass auf sowie Diskriminierung von Muslimen mit Kritik am Islam. In diesem Fall wird „Islamophobie“ als Begriff meist nicht benutzt, um Rassismus aufzuzeigen, sondern um Islamkritik zu

unterdrücken. Zweitens werden mithilfe dieses Begriffs Hass und Ignoranz übertrieben und unverhältnismäßig stark in den Fokus gerückt. Und drittens gehen mit der Verbreitung von Hass und Ignoranz Versuche zur Institutionalisierung von Respekt gegenüber dem Islam einher, um dem Eindruck vorzubeugen, westliche Nationen seien in irgendeiner Weise von sich aus islamophob. Diese drei Punkte möchte ich genauer beleuchten.

Das erste Problem der Vermischung von Hass auf Muslime mit Islamkritik lässt sich an folgendem Beispiel verdeutlichen: Anfang September 2008 klagte die jordanische Staatsanwaltschaft zwölf Europäer wegen Blasphemie an und forderte Interpol auf, diese zu verhaften. Einer der Angeklagten ist ein Autor der dänischen Mohammed-Karikaturen, zehn Angeklagte sind Redakteure der dänischen Zeitungen, die die Karikaturen abdruckten, und der zwölfte ist der niederländische Politiker Geert Wilders. Natürlich wird niemand der zwölf Verdächtigen unter eine europäische Rechtsprechung gestellt werden, aber mir scheint es, als sei die jordanische Initiative Teil einer größeren Kampagne, in der juristisch versucht wird, gegen Islamkritiker im Sinne der Bekämpfung von „Islamophobie“ vorzugehen. Im Dezember 2007, um ein weiteres Beispiel anzuführen, verabschiedete die Generalversammlung der UN eine Resolution mit dem Titel „Combating Defamation of Religion“.<sup>7</sup> Diese untersagt eine „Beleidigung der Religion“. Die einzige Religion aber, die dort genannt wird, ist der Islam. Weitere Beispiele (man denke etwa nur an die Verhinderung der Aufführung der Oper „Idomeneo“ in Berlin im

7 Vgl.: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N07/473/01/PDF/N0747301.pdf?OpenElement>

Jahr 2006) ließen sich aufzählen. Deutlich wird, dass die Bekämpfung von „Islamophobie“ in diesem Sinne ein Mittel zum Vollzug politischer und kultureller Zensur darstellt.

Das zweite Problem des Konzepts der „Islamophobie“ stellt die übertriebene Darstellung des Hasses und der Ignoranz dar. Im Sommer wurden im Rahmen des Antiterrorgesetzes Polizeikontrollen auf der Straße durchgeführt, die zu einem 300-prozentigen Anstieg der Kontrolle von Asiaten führten. Daraufhin äußerten führende Muslime und sogar Regierungsminister einen Islamophobievorwurf und der Rat der Muslime (MCB) sagte, die ganze muslimische Community sei im Visier der Polizei. Erst daraufhin wurde der Begriff der „Islamophobie“ in der Gesellschaft bekannt.

Die überwiegende Mehrheit, die gemäß dem Terrorgesetz überprüft wurde, war weiß und lediglich 3000 Asiaten wurden kontrolliert. Die Hälfte der in Großbritannien lebenden Asiaten sind Muslime, also kann man davon ausgehen, dass ca. 1500 Muslime bei einer Gesamtzahl von zwei Millionen Muslimen überprüft wurden. Dies hält kaum einem Islamophobievorwurf stand. Mit anderen Worten: Der Anteil der überprüften Muslime ist im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung gering.

Weitere Beispiele der Übertreibung ließen sich nennen, so etwa die Debatte über körperliche Übergriffe auf Muslime. Der ehemalige Generalsekretär des Rats der Muslime sagte, Muslime seien niemals größeren körperlichen Gefahren ausgesetzt als heute. Manche sprechen sogar von Pogromen – ähnlich denen, die die Juden in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebten.

Das dritte und letzte Problem hinsichtlich der „Islamophobie“ ist der Versuch, Respekt gegenüber dem Islam zu institutionalisieren, um dem Eindruck zuvorzukommen, das betroffene Land sei islamophob. Problematisch bleibt hierbei, dass der geforderte Respekt zu pauschal ist und einer institutionalisierten Befürwortung gleichkommt. Es gleicht fast schon einem Mantra, dass jeder führende Politiker westlicher Staaten den Islam in



Wirklichkeit als eine Religion des Friedens bezeichnet und darauf verweist, dass Dschihadisten die Botschaft des Korans zerstörten. „Das Bemerkenswerte am Koran“, so Tony Blair, „ist die Tatsache, wie fortschrittlich er ist. Er lobt Wissenschaft und Wissen und ist seiner Zeit bezüglich der Einstellung zur Ehe, zu Frauen und zur Regierung weit voraus.“ Blair steht dabei nicht allein, sagte doch Prinz Charles 1996: „Überall in der Welt wollen die Leute Englisch lernen; im Westen hingegen müssen wir von islamischen Lehrern beigebracht bekommen, wie wir gleichzeitig mit unseren Herzen und mit dem Kopf lernen.“

Daraus lässt sich schließen, dass das Verhältnis zwischen westlichen Gesellschaften und muslimischen Gemeinschaften komplex ist: Es lassen sich sowohl Elemente von „Islamophobie“ als auch von Islamophilie finden. Einerseits sehen viele Muslime westliche Gesellschaften als genuin islamophob an, als Gesellschaften, in denen Muslime wie unter einer Belagerung leben. Andererseits aber denken viele Islamkritiker, der Westen lebe unter einer muslimischen Belagerung, und suchen Muslime daher kollektiv zu bestrafen. Ich denke, es ist Zeit, eine neue Art und Weise des Herangehens an dieses Thema zu finden, das Konzept der „Islamophobie“ zurückzuweisen, gleichzeitig aber sich sorgfältiger mit den Problemen auseinanderzusetzen, denen Muslime in westlichen Gesellschaften begegnen.

Dr. Kenan Malik arbeitet als  
Politikwissenschaftler.

Seyran Ateş

## „Islamophobie“ – Erfahrungen aus Deutschland



Die Ausführungen von Kenan Malik kann ich sehr gut nachvollziehen. Meiner Meinung nach lassen sie sich auch auf die Situation in Deutschland übertragen. Wie in Großbritannien existiert auch in Deutschland eine größer werdende muslimische Gesellschaft, die zunehmend selbstbewusst auftritt, teilweise aber auch einen eher konservativen Islam predigt und lebt. Erkennen lässt sich das daran, dass immer mehr Frauen Kopftuch tragen und das Kopftuch nicht nur in den Universitäten, sondern auch in der Mittelstufe, in der Grundschule und im Kindergarten Einzug gehalten hat. Dies verweist auf eine große Zuwendung zur Religion seitens der Muslime, die auch öffentlich demonstriert wird. Die öffentliche Zuwendung zur Religion wird von der Öffentlichkeit häufig kritisiert, was bei vielen Muslimen als Diskriminierung empfunden wird.

Solche Diskriminierungserfahrungen dürfen nicht geleugnet werden, ein „Kampfbegriff“ wie „Islamophobie“ bietet jedoch Raum zur Instrumentalisierung durch bestimmte Interessengruppen. Auf der einen Seite darf man nicht in die Falle tappen und den Rechtsextremen entgegenkommen. Das wäre der Fall, wenn der Eindruck entstünde,

man würde mit Leuten, die dem Islam jegliche Existenzberechtigung absprechen, inhaltlich eine gemeinsame Position vertreten. Auf der anderen Seite nutzen vor allem die sehr orthodoxen und konservativen Muslime und Verbände diesen Begriff, um sich als Opfer zu stilisieren. Zuletzt findet der Begriff der „Islamophobie“ in Teilen der Mehrheitsgesellschaft Verwendung, die damit eine gewisse Solidarität üben möchten, Muslime jedoch in eine Opferrolle drängen und eine Opfermentalität fördern. Es ist aber auch wichtig zu fragen, was sich innerhalb der muslimischen Community abspielt.

Es fällt auf, dass der Islamophobievorwurf nicht nur an den Westen gerichtet ist, sondern auch innerhalb der muslimischen Community genutzt wird, um binnenmuslimische Kritikerinnen und Kritiker von der Diskussion auszugrenzen. So begegnet einem der Islamophobievorwurf aus einem muslimischen Kontext etwa, wenn man sich kritisch mit dem Islam des siebten Jahrhunderts, mit kopftuchtragenden Kindern oder mit Themen wie Zwangsverheiratung innerhalb muslimischer Gemeinschaften beschäftigt.

Letztlich besteht zwischen sachlicher und legitimer Islamkritik und „Islamophobie“ ein großer Unterschied. „Islamophobie“, verstanden als negatives Bild über Muslime durch die Betonung der Ungleichwertigkeit, diskriminiert Muslime aufgrund faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit. Aus diesem Grund und aufgrund der Tatsache, dass der Begriff häufig instrumentalisiert wird, ist er im Diskurs über Muslime in Deutschland nicht hilfreich.

Seyran Ateş lebt und arbeitet als  
Rechtsanwältin und Autorin in Berlin.

Klaus Faber

## „Islamophobie“ und Antisemitismus – zwei unterschiedliche Begriffe und Problembeschreibungen

Der Begriff der „Islamophobie“ ist weitgehend, aber nicht vollständig inhaltsgleich mit Islamfeindlichkeit. Begriffe wie „Islamfeindlichkeit“ und „Antiislamismus“ entstanden in Situationen, in denen häufig Vergleiche mit dem Aussagegehalt des Antisemitismusbegriffs nahelagen oder ausdrücklich gezogen wurden. Der Begriff der „Islamophobie“ möchte dabei ein wissenschaftlich neutraler Terminus sein, der einen eindeutig negativen Sachverhalt durch eine abwertende Wortbildung mit einem Pathologiebeiklang erfasst und tendenziell ähnliche Bewertungs- und Zuordnungsautorität beansprucht wie der Begriff des „Antisemitismus“. Der Islamophobiebegriff ist dabei vor allem über den Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer und sein Projekt zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in den deutschen Wissenschaftsdiskurs eingeführt worden.

Da die Konstruktion des Islamophobiebegriffs in einen politischen und historischen Zusammenhang mit dem Begriff des „Antisemitismus“ gestellt wird, ist es erforderlich, die Entwicklung und Konzeption des Antisemitismusbegriffs kurz zu skizzieren. Der von dem deutschen „linken“ Demokraten und Judenfeind Wilhelm Marr eingeführte Begriff bezieht sich nur auf Juden und ersetzt ältere Bezeichnungen wie etwa „Judenhass“. Der Begriff des „Antisemitismus“ sollte objektiver sein, da er nicht so sehr auf christlich-religiöse Vorurteile aufbaute, sondern auf die fremde Herkunft und fremde Art des Semitischen. Antisemitismus bezeichnet eine Ideologie, die Parallelen zum Rassismus aufweist, zugleich aber in ihren historischen Funktionen und Wirkungsweisen des exklusiven Bezugs auf Juden von anderen Rassismusformen – etwa dem Kolonialrassismus – zu unterscheiden ist. In diesem Sinne wird seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die kollektive Abwertung von Juden als Antisemitismus bezeichnet,



die auf Vorurteilen und Freund-Feind-Bildern bzw. Fremdzuschreibungen basiert. Diese kollektive Abwertung von Juden gründet auf einer jahrtausendealten Diskriminierungspraxis, die bis in die vorrömische und frühchristliche Zeit zurückreicht. Der moderne, heute anzutreffende Antisemitismusbegriff besitzt neben dem Vorurteilkomplex die spezifische Qualität einer Verschwörungstheorie. Diese erlaubt, die unterschiedlichsten gesellschaftlichen, politischen und sozialen Phänomene mit dem Handeln von Juden in der modernen Gesellschaft zu erklären und in Juden zu personifizieren.

Ein Blick auf den Antisemitismus in islamischen Gesellschaften ist wegen des Zusammenhangs mit der Entwicklung des Islamophobiebegriffs erforderlich. Vor noch nicht allzu langer Zeit war das Problem „Antisemitismus im Islam“ kein Thema in der deutschen politischen Debatte, weder bezogen auf die islamischen Staaten noch auf die muslimische Minderheit in Europa oder Deutschland. Eine früher weiter verbreitete, jedoch inzwi-

Klaus Faber ist Staatssekretär a. D.  
und arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin.

schen zurückgehende Position führt den muslimischen Antisemitismus auf den arabisch-israelischen Konflikt zurück und postuliert das Verschwinden des „islamischen Antisemitismus“ nach der Lösung des Konflikts. Diese Position ist falsch, blendet sie doch große Teile der Wirklichkeit aus. Auch vor Entstehung des Nahostkonflikts ließ sich bereits eine islamische Antisemitismusvariante beobachten. Wie Küntzel in dieser Veröffentlichung bereits zeigt, fußt der „islamische Antisemitismus“ auf jüdenfeindlichen Aussagen im Koran. Wichtig für den Transfer europäischer Elemente in den muslimischen Antisemitismus waren zunächst orientalische christliche Minderheiten. In den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts spielte die antisemitische Propaganda Hitlerdeutschlands eine wichtige Rolle, sie beeinflusste den „islamischen Antisemitismus“. Seit den fünfziger Jahren kam es durch die stalinistische Führung der Sowjetunion und die sowjetische Agitation nach 1967 zu einer Verwischung der Grenzen von Antisemitismus und Antizionismus. Seit den achtziger Jahren ist erkennbar, dass die hitlerdeutsche und sowjetische antisemitische Propaganda mit älteren islamischen und national-arabischen jüdenfeindlichen Traditionen zu einer eigenartigen Wirkungsverbindung verschmolzen sind. Arabisch-jüdische Konflikte sind auf der Seite arabischer oder auch anderer islamischer Länder, wie beispielsweise des Iran, antisemitisch grundiert worden.

In diesem Zusammenhang ist es für die Debatte wichtig, eine Grenze zwischen der Kritik an Israels jeweiligen Regierungen und antisemitischen Positionen zu ziehen. Die Grenze zu diesem sogenannten „neuen Antisemitismus“ ist dann überschritten, wenn Israel mit Maßstäben kritisiert wird, die sonst bei keinem anderen Land angelegt werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn man Israel und den Zionismus dämonisiert, etwa im Sinne von Verschwörungstheorien, die Israel und die „Zionisten“ für die Terroranschläge vom 11. September 2001 oder für alle Missstände in der arabischen und islamischen Welt verantwortlich machen.

Die verhältnismäßig neue Wortschöpfung der „Islamophobie“ ist nicht der gleichen Bewertungsstufe wie „Antisemitismus“ zuzuordnen. Keines der zahlreichen Herkunftsländer islamischer Immigranten ist von Vernichtung bedroht, Israel hingegen schon. Niemand möchte Muslime in aller Welt bekämpfen und töten, Juden hingegen werden sehr wohl auf diese Weise angegriffen. Weiterhin wird keinem, auch keinem muslimischen Nationalstaat wegen tatsächlicher oder behaupteter Verbrechen die Vernichtung angedroht. Die Ausnahme bildet der Staat Israel. Es gibt überdies keinen Islamhass, keine „Islamophobie“, die dahin geht, Muslime in aller Welt zu verfolgen und sie in all ihren Heimatländern unter den Verdacht einer Weltverschwörung zu setzen und sie schließlich anzugreifen und auszurotten. Einen solchen Hass gibt es nur gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und dem Staat Israel. Wer diese Art von Sonderbehandlung Israels nicht als Unrecht erkennt, dafür aber in der „Islamophobie“ eine Hauptgefahr wahrnimmt, die in ihrer abstrakten Dimension dem Antisemitismus gleichzustellen sei, der bedient, zurückhaltend formuliert, Vorurteile in der Problemwahrnehmung.

Kritik an islamischen Positionen – zum Beispiel an traditionellen islamischen Auffassungen zum Geschlechterverhältnis – muss erlaubt sein. Ebenso ist eine dem antisemitischen Verfolgungswahn zum Teil ähnliche Diskriminierungsposition gegenüber allem Muslimischen und gegenüber dem Islam abzulehnen wie antisemitische Auffassungen. Dies gilt auch für bestimmte Varianten antimuslimischer Fremdenfeindlichkeit, die zwar nicht im Ganzen, aber in bestimmten Diskriminierungsaspekten mit dem Antisemitismus vergleichbar sind. Dennoch ist der Islamophobiebegriff eine problematische politische Wortschöpfung, die – gegen alle Realitätsbezüge – in der Tendenz eine der Judendiskriminierung vergleichbare globale Diskriminierung von Muslimen behaupten will.

## Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Es lassen sich *vier Themenfelder* identifizieren: *Erstens* ging es um begriffliche Anmerkungen zum Antisemitismus- und Islamophobiebegriff, *zweitens* um religionsbezogene Fragen und Kommentare, *drittens* wurde über den Nahostkonflikt debattiert und *viertens* stand die Rolle der Sozialisation von Jugendlichen im Zusammenhang mit Antisemitismus und „Islamophobie“ im Vordergrund.

Im *ersten, begriffsbezogenen Themenfeld* wurde die Frage diskutiert, ob sich legitime Israelkritik von Israelhass und von Antisemitismus unterscheiden lässt. Jochen Müller stellte klar, dass tatsächlich ein Unterschied besteht, allerdings Israelhass genauso wie Antisemitismus gefährlich ist. Im pädagogischen Bereich sei allerdings ein vorschneller Verweis auf antisemitische Äußerungen von Jugendlichen oft ungeschickt, da damit häufig ein Gespräch unmöglich gemacht werde. Ferner stand die Frage im Raum, ob für den Begriff der „Islamophobie“ Alternativen existierten. Klaus Faber, Seyran Ateş und Kenan Malik sprachen

sich einhellig für eine differenziertere Begrifflichkeit aus. Malik präziserte, dass es wichtiger ist, Probleme zu benennen und nicht nur Begriffe zu definieren.

Im zweiten, religionsbezogenen Themenfeld war die Frage zentral, ob die Religion eine primäre Bezugsquelle vor allem des Antisemitismus darstelle. Matthias Küntzel erläuterte, dass der Antizionismus, verstanden als negative Einstellung gegenüber Israel, nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen ist. Die Ursprünge des Antisemitismus seien älter als der Staat Israel. Müller wies darauf hin, dass eine religionsbezogene Auseinandersetzung in der pädagogischen Intervention Sinn mache, allerdings nur, wenn antisemitische Äußerungen von Jugendlichen religiös begründet würden. Im Falle antizionistischer Aussagen sei dies nicht immer der Fall.

Bei der Diskussion des Nahostkonflikts merkte ein Teilnehmer aus dem Publikum an, der Westen habe eine „pro-israelische“ und deshalb eine ein-



seitige Perspektive. Insbesondere Müller wies aus diesem Grund mehrmals darauf hin, wie wichtig es sei, eine multiperspektivische Sichtweise einzunehmen.

Im *vierten Themenfeld* stand die Rolle der Sozialisation im Zentrum. Besonders im Anschluss an den Vortrag von Müller wurde über mögliche Überforderungen der Lehrer diskutiert. So berichtete beispielsweise eine Teilnehmerin mit Lehrerfah-

rung, dass Müllers „Zehn-Punkte“-Plan zwar sinnvoll sei, Lehrer in konkreten Situationen aber überfordere, da ihnen zu viel zugemutet werde. Müller erläuterte, dass es ihm vor allem darum gehe, Lehrer im Hinblick auf die Bekämpfung von Antisemitismus zu unterstützen. Die Grenze pädagogischer Intervention sei jedoch erreicht, wenn Jugendliche überzeugte Antisemiten sind. In solchen Fällen müssen als *Ultima Ratio* andere Lösungen wie beispielsweise der Verweis aus einem Jugendclub gefunden werden.



## Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik  
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:  
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzzprogramm der SPD  
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,  
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln  
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues  
Grundsatzzprogramm der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des  
21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit –  
Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland –  
Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat  
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus  
Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Forum Soziale Demokratie  
Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar  
Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld  
internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“  
Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Forum Soziale Demokratie  
Die neue Klassengesellschaft?

